

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 90. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. April 2008, 13:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Anna Schlosser-Keichel

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Rahmenplan für das Jahr 2008	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1953 (Der federführende Umwelt- und Agrarausschuss empfiehlt Kenntnisnahme)	
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten)	6
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1665	
b) Entwurf einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1668	
3. Zustimmung des Finanzausschusses nach § 25 des Haushaltsgesetzes zur alternativen Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten	7
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2933 Schreiben des Landesrechnungshofs Umdruck 16/3043	
4. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2008	8
Entwurf des Ausschussvorsitzenden Umdruck 16/2926	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein	9
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1994	

6. Information/Kenntnisnahme **11**

- Umdruck 16/2886 - Nachforderungen der NOB für das Netz West
- Umdruck 16/2888 - Baumaßnahmen
- Umdruck 16/2920 - Prüfung der Jahresrechnung der Hochschulen
- Umdruck 16/2931 - Mittelstandsförderungsgesetz
- Umdruck 16/2932 - Schleswig-Holstein-Fonds
- Umdruck 16/2973 - Vermögensnachweis, Restkreditemächtigung, Liquiditätswirtschaft
- Umdrucke 16/2934 und 16/3019 - Staatskirchenvertrag
- Umdruck 16/2935 - Grundvermögen des Landes
- Umdruck 16/2975 - Anwärtersonderzuschläge Justizvollzug
- Umdruck 16/2976 - Justizvollzugsanstalten
- Umdruck 16/2977 - Chefwagen
- Umdruck 16/3005 - Steuerfahndung
- Umdruck 16/3006 - Behinderteneinrichtungen
- Umdruck 16/3007 - Haushaltsreste
- Umdruck 16/3008 - Unterrichtsausfall

7. Verschiedenes **13**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Rahmenplan für das Jahr 2008

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1953

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss der Empfehlung des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an den Landtag an, die Anmeldung des Landes zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), Rahmenplan für das Haushaltsjahr 2008, Drucksache 16/1953, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1665

b) Entwurf einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1668

(überwiesen am 22. November 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Zu den Initiativen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gesetzentwurf des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten), Drucksache 16/1665, und Entwurf einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Drucksache 16/1668, sieht der Finanzausschuss von einem eigenen Votum gegenüber dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss ab, weil mit beiden Vorlagen keine finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt verbunden sind.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Zustimmung des Finanzausschusses nach § 25 des Haushaltsgesetzes zur alternativen Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2933

Schreiben des Landesrechnungshofs
Umdruck 16/3043

Die Beschlussfassung über die Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten, Umdruck 16/2933, wird auf die nächste Finanzausschusssitzung, am 8. Mai 2008, vertagt. Der Finanzausschuss erwartet bis dahin eine Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums zum Schreiben des Landesrechnungshofs.

Der Vorsitzende bittet die Ministerien, dem Finanzausschuss Stellungnahmen rechtzeitig vor den Sitzungen zuzuleiten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2008

Entwurf des Ausschussvorsitzenden
Umdruck 16/2926

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss die Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2008,
Umdruck 16/2926.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1994

(überwiesen am 23. April 2008)

Schreiben des Landesrechnungshofs
Umdruck 16/3051

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/3054

Schreiben des Sozialministeriums
Umdruck 16/3055

P Dr. Altmann moniert das Vorgehen aus haushaltstechnischer Sicht (Umdruck 16/3051). Ob ein Abweichen von den Grundsätzen des Haushaltsrechts zulässig sei, müsse sorgfältig geprüft werden. In jedem Fall müsse ein solches Vorgehen die absolute Ausnahme bleiben.

Abg. Herdejürgen stellt fest, dass sich in der Sache, nämlich der Umsetzung des Kinderschutzgesetzes, alle Fraktionen einig seien. Dissens bestehe hinsichtlich der rechtlichen Bewertung in Bezug auf die Deckungsnachweispflicht, der aus Sicht der SPD-Fraktion Genüge getan worden sei.

Abg. Kubicki legt dar, der Wissenschaftliche Dienst des Landtages komme zu dem Ergebnis, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf nichtig sei, weil er gegen Artikel 54 der Landesverfassung (Deckungsnachweispflicht) verstoße. Dieses Problem könne dadurch geheilt werden, dass man das alte Gesetz außer Kraft setze und zugleich das Kinderschutzgesetz neu beschließe. Die Deckungsvorschläge der Koalition werde man sich allerdings nicht zu eigen machen.

St Dr. Wulff entgegnet, aus Sicht der Regierung sei das Gesetz verfassungsgemäß, weil die Schutzfunktion von Artikel 54 mit der Formulierung „die Förderung erfolgt nach Maßgabe des Landeshaushalts“ erfüllt werde. Der vom Rechnungshof angesprochene Weg über über- oder außerplanmäßige Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 37 bezie-

hungsweise 38 LHO scheide aus, weil die vorausgesetzte Unabweisbarkeit der Ausgaben nicht gegeben sei.

Abg. Harms bittet das Sozialministerium um Stellungnahme zu den Auswirkungen der von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Kürzungen im Sozialetat.

St Dr. Körner erläutert die Umschichtungen im Rahmen der Finanzierung von Maßnahmen aus dem Kinderschutzgesetz, Umdruck 16/3055.

Abg. Heinold hält es für problematisch, bei jedem Gesetzentwurf, der mit finanziellen Risiken verbunden sei, gleich eine entsprechende Haushaltsdeckung mitzuliefern. Würde man einen so strengen Maßstab anlegen, wäre beispielsweise der FDP-Gesetzentwurf zur Privatschulfinanzierung nicht verfassungskonform gewesen.

Abg. Herdejürgen erklärt, man werde dem Vorschlag von Abg. Kubicki folgen, auch wenn man nicht die Rechtsauffassung teile, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf die Deckungsnachweispflicht nicht erfülle. Damit solle allerdings kein Präjudiz für zukünftige Gesetzesinitiativen geschaffen werden.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag im Rahmen des Selbstbefassungsrechts gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 der Landesverfassung i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung, den von den Koalitionsfraktionen in der Ausschusssitzung mit Umdruck 16/3054 vorgelegten Gesetzentwurf anzunehmen.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit Zustimmung der Antragsteller, den Ursprungsgesetzentwurf Drucksache 16/1994 für erledigt zu erklären.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/2886 - Nachforderungen der NOB für das Netz West

Umdruck 16/2888 - Baumaßnahmen

Umdruck 16/2920 - Prüfung der Jahresrechnung der Hochschulen

Umdruck 16/2931 - Mittelstandsförderungsgesetz

Umdruck 16/2932 - Schleswig-Holstein-Fonds

Umdruck 16/2973 - Vermögensnachweis, Restkreditermächtigung, Liquiditätswirtschaft

Umdrucke 16/2934 und 16/3019 - Staatskirchenvertrag

Umdruck 16/2935 - Grundvermögen des Landes

Umdruck 16/2975 - Anwärtersonderzuschläge Justizvollzug

Umdruck 16/2976 - Justizvollzugsanstalten

Umdruck 16/2977 - Chefwagen

Umdruck 16/3005 - Steuerfahndung

Umdruck 16/3006 - Behinderteneinrichtungen

Umdruck 16/3007 - Haushaltsreste

Umdruck 16/3008 - Unterrichtsausfall

Der Finanzausschuss nimmt die vorstehenden Umdrucke zur Kenntnis.

Der Finanzausschuss begrüßt die Verständigung zwischen Rechnungshof, Wissenschaftsministerium und Finanzministerium in Sachen **Prüfung der Jahresrechnung der Hochschulen**, Umdruck 16/2920. Der Vorsitzende stellt fest, dass sich die beschlossene Behandlung in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung damit erübrigt.

Zu Umdruck 16/2932 - **Schleswig-Holstein-Fonds** - bittet Abg. Heinold das Wirtschaftsministerium um Stellungnahme, ob von den Mitteln von insgesamt 37 Millionen € für den Landesstraßenbau 36 Millionen € aus dem Schleswig-Holstein-Fonds finanziert würden. - Abg. Kubicki fragt nach den Gründen des zögerlichen Mittelabflusses bei der Förderung von Energiewirtschaft und -technologie.

Die Vorlage Umdruck 16/2973 - **Vermögensnachweis, Restkreditermächtigung, Optimierung der Liquiditätswirtschaft** - wird der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung zur Beratung überwiesen.

Zur Erfassung und Fortschreibung des **Grundvermögens des Landes** (Umdruck 16/2935) erwartet der Finanzausschuss einen weiteren Entwicklungsbericht bis Ende des zweiten Quartals 2008.

Eine Frage von Abg. Heinold zu Umdruck 16/2975 beantwortet St Dr. Wulff dahin, er gehe davon aus, dass das Justizministerium die Erhöhung der **Anwärtersonderzuschläge für den Justizvollzug** in die Haushaltsberatungen einbringen werde.

St Dr. Wulff sagt zu, den Ausschuss in Sachen **Steuerfahndung und Lichtenstein-Affäre** (inklusive der Frage einer Kostenbeteiligung für den Informanten) auf dem Laufenden zu halten (Umdruck 16/3005).

Zu Umdruck 16/3006 - Prüfung der Mittel für **Behinderteneinrichtungen** - sagt St Dr. Körner zu, die noch offenen Fälle bis zum 30. September 2008 abzuarbeiten.

Abg. Heinold hält die Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 16/3008 - **Stundenfehl und Unterrichtsausfall in den Fächern Musik, Sport, Kunst, Technik, Textillehre und Hauswirtschaft an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen** - für unzureichend. - Abg. Kubicki fragt, wieso die Konzentration von Schulstandorten zu einer Reduzierung des Unterrichtsfehls in den genannten Fächern führe. - Die Thematik soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt St Dr. Wulff mit, zur Deckung der Mindereinnahmen beim **Erdölförderzins** in Höhe von knapp 14 Millionen € habe das Wirtschaftsministerium einen Betrag von 7 Millionen € bereits erbracht. Die Erbringung der gleichen Summe habe der Wirtschaftsminister dem Finanzminister für das Jahr 2009 unter der Bedingung zugesagt, dass die Einnahmen aus dem Förderzins wie vorgesehen einträten.
- b) Der Vorsitzende bittet das Finanzministerium um eine Aufstellung über die Höhe und Entwicklung der Entschädigungen für den Außendienst in der **Steuerverwaltung**.
- c) Der Vorsitzende mahnt vom Wirtschaftsministerium den vom Finanzausschuss am 13. März 2008 einstimmig beschlossenen Bericht betreffend **Finanzierungshilfen des Landes für Investitionen von Unternehmen** (Umdruck 16/2911) an.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer